

Treu, aber nicht einmütig

Sie sind der Zahl nach die größte Gruppe und nehmen ihre Wahlpflicht ernster als alle anderen. Bei der Bundestagswahl könnten die Senioren den Ausschlag geben.



Die Generation 60plus ist für den Wahlausgang von großer Bedeutung. Foto: dpa

Von Günther Voss, dpa

Berlin. Vielen ist der Warnruf von Ex-Bundespräsident Roman Herzog noch in guter Erinnerung: „Ich fürchte, wir sehen gerade die Vorboten einer Rentnerdemokratie: Die Älteren werden immer mehr, und alle Parteien nehmen überproportional Rücksicht auf sie. Das könnte am Ende in die Richtung gehen, dass die Älteren die Jüngeren ausplündern.“ Als Herzog dies im Frühjahr 2008 sagte, hatten Union und SPD gerade eine außerplanmäßige Rentenerhöhung beschlossen - nicht ganz zufällig vor der Bundestagswahl 2009.

Jetzt ist wieder Wahltag. Besondere Wohltaten für die mehr als 20 Millionen Senioren gab's diesmal nicht. Im Gegenteil: Die Rentner im Westen mussten sich - anders als die Alterskollegen im Osten - mit einem deutlich unter der Inflationsrate liegenden Mini-Aufschlag von 0,25 Prozent begnügen. Die spannende Frage ist, ob das am Wahlabend vielleicht bei Schwarz-Gelb hängen bleibt, sollten die West-Rentner den Wahlzettel zum Denkkzettel ummünzen.

„Fast 21 Millionen Wähler sind Senioren

Ein Blick in die Statistik des Bundeswahlleiters zeigt: Die Gruppe der über 60-Jährigen umfasst aktuell etwa 20,8 Millionen Wähler. Das sind 33,7 Prozent der 61,8 Millionen Wahlberechtigten.

Die Gruppe der 18- bis 40-Jährigen ist mit 18,1 Millionen dagegen deutlich kleiner. Sie kommt auf einen Anteil von 29,3 Prozent. Drei Millionen Bundesbürger sind darunter, die erstmals ihre Stimme abgeben können.

Schon bei der letzten Wahl vor vier Jahren stellte die Angehörigen der Generation 60plus mit 20,4 Millionen fast ein Drittel aller Wahlberechtigten. Ihr Anteil war damit doppelt so groß wie jener der unter 30-Jährigen mit 10,2 Millionen Wahlberechtigten. Hinzu kommt: Die Wahlbeteiligung nahm mit dem Alter der Wähler zu.

Damit konnten CDU/CSU und SPD ihre Wählerschaft überproportional aus Wählern über 60 rekrutieren, Jüngere waren unterrepräsentiert. Gut 41 Prozent der SPD-Wähler hatten nach Angaben der Statistiker das 60. Lebensjahr bereits überschritten. Bei der Bundestagswahl 2005 lag diese Quote noch bei knapp 33 Prozent. Auch die CDU heimste zuletzt ihr bestes Ergebnis bei der Generation 60plus (43,8 Prozent) ein.

In den Zahlen spiegelt sich auch der demografische Trend: Seit 1970 sank der Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen von 30 Prozent auf unter 19 Prozent im Jahr 2010. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Personen über 59 von 19 auf etwa 26 Prozent.

In der Mitgliedschaft der Parteien wird das ebenfalls sichtbar: Bei der Linken sind die Mitglieder im Durchschnitt 60 Jahre alt. Es folgen CDU, CSU und SPD mit jeweils 59 Jahren. Selbst die Grünen sind mit einem Altersschnitt von 48 in die Jahre gekommen. Mit 53 Jahren im Durchschnitt hat die FDP die zweitjüngste Mitgliedschaft.

Jüngere haben weniger Einfluss

Wie schon bei früheren Bundestagswahlen gab es 2009 von Alt zu Jung bei der Wahlbeteiligung ein großes Gefälle: Die war bei den 21- bis 24-Jährigen mit 59,1 Prozent die niedrigste aller Altersgruppen. Die 60- bis 69-Jährigen erwiesen sich mit 80,0 Prozent dagegen als eifrigste Urnengänger. „Dadurch wird das Einflusspotenzial der jungen Wahlberechtigten gegenüber den älteren Wählern überproportional geschwächt“, heißt es in der Repräsentativen Wahlstatistik (RWS) des Bundeswahlleiters.

Sind wir damit auf dem Weg in die von Herzog beschworene „Rentnerdemokratie“? Wahlforscher Matthias Jung von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen sieht die Gefahr nicht. „Quantitativ zumindest gehört den Älteren zwar die Zukunft. Aber das muss man ja auch in seiner Dynamik sehen. Die Älteren von heute waren auch mal jung. Und die Alten von gestern sterben kontinuierlich weg.“

Auch aus Sicht des Politikwissenschaftlers Achim Goerres von der Universität Duisburg-Essen „sind wir nicht auf dem Marsch in eine Rentner-Demokratie“, weil „Alter im Sinne von Älterwerden für die Wahlentscheidung keine wichtige Rolle spielt“. Er wundere sich aber, immer wieder, „dass Politiker denken, alle Rentner wollten politisch das gleiche. Das stimmt aber nicht“, sagt er im dpa-Gespräch. „Einkommensunterschiede, Vermögensunterschiede, unterschiedliche politische Identitäten: Diese Dinge verschwinden nicht, wenn man in die Rente geht.“

Werden die Senioren dennoch die Wahl entscheiden? Wahlforscher Jung will sich da nicht festlegen. „Bei einem erwarteten knappen Wahlausgang können natürlich viele verschiedenen Gruppen jeweils das Zünglein an der Waage sein. Aber die über 60-jährigen stellen rund ein Drittel aller Wähler. Gleichzeitig sind sie diejenigen, die sich am zuverlässigsten an Wahlen beteiligen.“

Auch Jung bezweifelt, dass die grauhaarige Generation derart homogene Interessen hat, dass sie als machtvoller Rentner-Block auftritt. „Bei einer so großen Gruppe, die nichts verbindet als das Alter, muss man immer von einer Heterogenität der Interessen ausgehen. Selbst beim Thema Rente und Pensionen gibt es unterschiedliche Interessen zwischen denen, die eine magere oder eine opulente

Altersversorgung haben.“ Dass immer mehr Mitglieder der SPD-geprägten Brandt-Generation in die Gruppe der 60plus-Wähler hineinwachsen, ist nach Einschätzung von Goerres zwar „gut für Rot und Grün und schlecht für Schwarz“. Dennoch nehme insgesamt „die Bedeutung der generationalen Prägung ab. 60-plus-Wähler sind zunehmend auch Wechselwähler.“

Wahlforscher Jung sagt dazu: „Grundsätzlich braucht ein solcher Wandel mehr als vier Jahre, die zwischen zwei Bundestagswahlen liegen. Bisher hat es jedenfalls die Union immer geschafft, dass sie bei den jeweils Älteren deutlich überproportional gut abgeschnitten hat. Aber auch schon 1998 hat Kohl die Wahl vor allem bei den Älteren verloren und damals gab es noch sehr viel mehr Angehörige der Adenauer-Generation.“

Für die Berliner Politikwissenschaftlerin Bettina Munius ist klar: „Nur weil man älter wird, wirft man nicht seine politischen Einstellungen und Präferenzen über Bord und wählt konservativ“. Prägend für das Wahlverhalten sind nach ihrer Einschätzung die Erfahrungen als Erstwähler. „Das hat sich am erfolglosen Abschneiden der „Grauen Panther“ und anderer Rentner-Parteien gezeigt.“ Dennoch: „Parteien jeder Couleur werden der zunehmenden Zahl an Wählern über 60 Jahren besondere Angebote machen müssen.“

Vorstöße der Grünen, die Interessenbalance zwischen Alt und Jung via Änderung des Wahlrechts durch Herabsetzung des Wahlrechts von 18 auf 16 Jahre neu auszutarieren, scheiterten bislang. Jedenfalls auf Bundesebene. Bettina Munius bedauert das: „Ich bin dafür, das Wahlalter von 18 Jahren fallen zu lassen und ein „Wahlrecht durch Eintragung“ umzusetzen.“

Was sie damit konkret meint? „Jeder Mensch erhält das Wahlrecht, unabhängig vom Alter. Dabei bleibt ein reguläres Mindestalter von beispielsweise 16 Jahren erhalten. Jüngere können jedoch ebenfalls an Wahlen teilnehmen, wenn sie sich selbstständig beim Wahlamt ins Wahlregister eintragen lassen.“ Dies könne helfen, so Munius, „dass die Interessen der jungen Generation in politischen Entscheidungsprozessen künftig stärker Berücksichtigung finden“.

URL: <http://www.mittelbayerische.de/index.cfm?pid=10014&lid=0&cid=0&tid=0&pk=957235>